

Markus Rinderspacher (SPD): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Manchmal würde man sich wünschen, der bayerische Verfassungsschutz würde auch die Plenarprotokolle lesen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn nämlich ein Abgeordneter davon spricht, es gebe einen Totalitarismus der Etablierten, eine Meinungsdictatur der Parteienoligarchie, es gebe gewissermaßen nur eine Opposition, dann erinnert das sehr an die Zwanziger- und Dreißigerjahre des letzten Jahrhunderts.

(Beifall bei der SPD, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn eine solche Partei hier so tut, als würde sie den Widerstand der Freiheit gegen die Parteienoligarchie anführen, dann kann man Herrn Abgeordneten Swoboda nur gratulieren, dass er sich von diesen Menschen getrennt hat. Vielen Dank, Herr Abgeordneter Swoboda.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Prinzip der Subsidiarität, über das wir heute eigentlich reden, ist ganz zentral für die Akzeptanz der europäischen Idee. Es geht darum, dass Demokratie von unten nach oben organisiert wird und nicht von oben herab bevormundet oder dekretiert wird. Was heißt das? – Regional bedeutsame Entscheidungen sollen auf der regionalen Ebene getroffen werden, nationale auf der nationalen Ebene, und Entscheidungen von europäischer oder sogar globaler Bedeutung sollten auf der transnationalen europäischen Ebene beschlossen werden.

Bayern bekennt sich zu diesem geeinten Europa, zu föderativen Grundsätzen und dem Grundsatz der Subsidiarität bereits seit 1998. Dieses Bekenntnis hat Verfassungsrang, es steht in Artikel 3a der Bayerischen Verfassung. Auf der europäischen Ebene ist es bereits 1992 mit dem Vertrag von Maastricht gelungen, das Subsidiaritätsprinzip in Europa zu verankern und ihm mit dem Ausschuss der Regionen ein parlamentarisches Gesicht zu verleihen. Später ist das Subsidiaritätsprinzip im Vertrag von Lissabon mit einem Frühwarnsystem zur Wahrung der Subsidiarität erweitert und spezifiziert worden.

Wir begrüßen, dass die EU-Kommission im Abschlussbericht der Taskforce Subsidiarität die regionalen Parlamente, also auch den Bayerischen Landtag, mit ihrer Gesetzgebungskompetenz ausdrücklich erwähnt und ihre besondere Rolle betont hat. Im Bericht wird da von einer neuen Arbeitsweise gesprochen, der sogenannten aktiven Subsidiarität. Wir wollen als SPD, dass der Ausschuss der Regionen gestärkt wird, insbesondere bei Entscheidungsfragen der kommunalen Daseinsvorsorge, der regionalen Infrastruktur. Da braucht der Ausschuss der Regionen ein echtes Mitspracherecht.

Das soll allerdings nicht bedeuten, dass wir nicht bestimmte, wichtige Entscheidungen per Mehrheitsprinzip durchaus auch auf die europäische Ebene delegieren können; da geht es insbesondere um Steuerfragen, die bislang eine Einstimmigkeit im Rat brauchen. Wir wären dafür, beispielsweise die Finanzmarkttransaktionssteuer, die Digitalsteuer, einen europäischen Mindestlohn, eine Stärkung der EU-Richtlinienkompetenz über einen Mehrheitsentscheid im Parlament statt mit Einstimmigkeit im Rat darstellen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn wir hier über Föderalismus und das Prinzip der Subsidiarität reden, kann es uns natürlich nicht nur um Europa gehen. Wenn wir im Bayerischen Landtag zentralistische Strukturen fördern und über einen Exekutivföderalismus unterstützen, wäre es falsch zu sagen: Die Europäer müssen sich ändern, aber wir frönen schön dem bayerischen Zentralismus. Bayern ist doppelt so groß wie die Niederlande, wie Belgien oder wie Dänemark. Wir haben 71 Landkreise, 25 kreisfreie Städte, über 2.000 bayerische Gemeinden; deshalb ist es notwendig, dass wir hier Selbstbestimmung, Eigenverantwortung, Problemlösungen, Aufgaben, Handlungen auch an die Gemeinden und Städte delegieren, damit diese eigenverantwortliche Entscheidungen treffen können, ohne mit dem Bettelstab in München vorsprechen zu müssen.

Deshalb: Bayern kann mit einem stärkeren innerbayerischen Föderalismus und dem Prinzip "Mehr Freiheit für die Regionen" für das europäische Handeln vorbildhaft vorangehen. Gehen wir's an!

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat nun der Kollege Helmut Markwort für die FDP-Fraktion.

Helmut Markwort (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich mache mir Sorgen, ob diese Veranstaltung beispielsweise bei der Wahl in zwei Monaten hilft. In zwei Monaten wird zur Europawahl aufgerufen, und ich habe Sorge, ob die Menschen, die uns zugehört haben, durch die Redebeiträge, vielleicht auch durch meinen, für Europa begeistert werden können. Sie haben etwa siebenunddreißigmal das Wort Subsidiarität gehört. Das ist – das wissen die Experten – ein Begriff aus der katholischen Sozialenzyklika. Wir könnten einfach sagen: mehr von unten, weniger von oben. Aber die Realität, die die Menschen wahrnehmen, ist weit von den schwärmerischen Reden entfernt.

Der Kollege Gotthardt hat wunderbar von der Brüsseler Erklärung gesprochen. Die habe ich im Ausschuss auch mit unterschrieben. Aber sie ist ein bescheidener Anfang, ein schwärmerisches Papier, ein Wunschzettel ans Christkind, was dieser Ausschuss der Regionen alles bewirken sollte.

(Alexander König (CSU): So ist es!)

Wir sind stolz darauf, dass Bayern und Südtirol erwähnt werden. Aber die Durchsetzungskraft dieser Brüsseler Erklärung ist gering.

Was nehmen die Leute wirklich wahr? – Manche sind immer noch dabei, nach der Zeitumstellung die Uhren umzustellen. Da ist etwas beschlossen worden – großartig. Aber wir müssen lernen, dass das von den 27 EU-Ländern erst in zwei Jahren umgesetzt wird. Die EU hat beschlossen, dass 10.000 Grenzschilder eingestellt werden sollen. Im Jahr 2027 wird das realisiert. Wir müssen etwas tun gegen die Langsamkeit dieser EU, weil sie sonst in den Augen der Bevölkerung nicht glaubwürdig wird.

(Beifall bei der FDP – Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Als ich ein junger Mensch war, sind wir auf die Straße gegangen, um mehr Freiheit für Europa zu erkämpfen. Heute mache ich mir Sorgen, dass wir unsere Freiheit gegen die EU-Kommission verteidigen müssen.

(Klatschen bei der AfD)

Das ist falsch, da sind 28 Kommissare, die uns mit Anordnungen und Richtlinien überfluten. Es ist im Vertrag von Lissabon längst festgeschrieben worden, dass es